

(per E-Mail)

Herrn Dipl.-Biol. Martin Kotynek
Chefredakteur
Der Standard
martin.kotynek@derStandard.at

11. Juni 2020

Sehr geehrter Herr Kotynek,

wir beziehen uns auf den Artikel „Chinas Expansionslust“ von Alexander Görlach, der am 9. Juni 2020 in *Der Standard* erschienen ist.

Jedes Land hat das Recht, ja sogar die Pflicht, die nationale Sicherheit und Souveränität zu schützen. Ebenso hat China als Hongkongs Souverän das Recht, die nationale Sicherheit in der Sonderverwaltungsregion Hongkong (HKSAR) zu schützen. Es ist eine verfassungsrechtliche Realität, dass Hongkong ein unveräußerlicher Teil Chinas ist. Als solcher kann und darf Hongkong niemals zu einer Basis für subversive Aktivitäten oder Organisationen werden, die unser Land destabilisieren wollen. Das vorgeschlagene Gesetz zielt nur auf Akte der Sezession, der Subversion, terroristische Aktivitäten sowie auf Aktivitäten ab, die durch ausländische oder externe Kräfte in die inneren Angelegenheiten der HKSAR eingreifen.

Die Entscheidung des Nationalen Volkskongresses, des höchsten Organs der Staatsgewalt, das Sicherheitsgesetz zu erlassen, wird den Rechtsrahmen und die Durchsetzungsmechanismen für die HKSAR zum Schutz der nationalen Sicherheit schaffen und verbessern. Es wird nicht zuletzt auch die Geschäftsbeziehungen in Hongkong als internationale Weltstadt fördern.

Das vorgeschlagene nationale Sicherheitsgesetz wird das Prinzip "Ein Land, zwei Systeme" nicht untergraben. Hongkong wird eine freie, kosmopolitische, offene und gastfreundliche Stadt bleiben, in der Rechtsstaatlichkeit herrscht.

Unser hohes Maß an Autonomie und das im Grundgesetz verankerte Kardinalprinzip, dass Hongkonger Hongkong verwalten, werden intakt bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Bill Li

Direktor, Wirtschafts- und Handelsbüro Hongkong, Berlin